

Bezugspreis:

Preis für 12 Monate 18,00 Mk., monatlich 1,50 Mk. ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Welt u. Zeit" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die wichtigste Anzeigenart ist die 2- u. 3-zeilige ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 22. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Generalstreik siegreich beendet!

Kundgebung.

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Die Vertreterkonferenz der am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen ...

Berlin, den 20. März 1920, morgens 7.06 Uhr.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, 6. Region.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, 8. Ausschuss.

Deutscher Beamtenbund, August Scherff.

Das Ergebnis der Verhandlungen über Beendigung des Generalstreiks.

Die im preussischen Staatsministerium am Nachmittag des 19. März ausgenommenen und bis zum heutigen Tage ...

- 1. Die antwefenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, dass bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich ...

Zu übrigen wird mitgeteilt, dass die Minister Noske und Heine ihr Abschiedsgesuch bereits eingereicht haben.

Ferner erklärten sich die Vertreter der Regierungsparteien bereit, in ihren Fraktionen auf unverzügliche Aufhebung der Schußhaft der in ihr Befindlichen zu dringen.

Mit wichtigen Schlägen hat das arbeitende Volk Deutschlands, insbesondere das Berlin, den monarchistischen Putsch niedergeschlagen und die republikanische Freiheit gerettet.

Glänzend hat sich in diesem Kampfe die Organisation des arbeitenden Volkes bewährt. Sie muß und wird auch in Zukunft unser stärkstes Bollwerk sein.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 6. Region.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten.

Die Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften Groß-Berlins und Umgegend hat beschlossen, den Generalstreik abzubrechen.

Berlin, den 20. März 1920.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend, gez. Ruch.

Hierzu gibt der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend folgende Erklärung ab:

Nach den Beschlüssen der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission hat eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission beauftragt, die sich aus Punkt 1 der Forderungen der Gewerkschaftskommission ...

Einsetzung einer sozialistischen Arbeiterregierung. Die sofortige Zurückziehung der weiterrückenden Truppen, deren Entlassung und Auflösung. Auflösung der Reichs-, Sicherheits- und Einwohnerwehren und der Technischen Nothilfe. Errichtung von Arbeiterwehren.

Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und Entlassung der Schußhaftgefangenen.

Für die Annahme dieser Forderungen durch die Parteien und den Gewerkschaftsbund blieb der Ausschuss der Gewerkschaftskommission dauernd bemüht.

Angesichts dieser Tatsachen und der Situation, die durch den Beschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Streik abzubrechen, herbeigeführt ist, glaubt der Ausschuss ...

Arbeiter und Angestellte! Der Generalstreik ist beendet, nicht aber unser Kampf um unsere Forderungen!

Noskes Rücktritt unwiderruflich.

Wie wir schon erfahren, hat Genosse Noske heute mittig in der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung mitgeteilt, daß sein Entschluß, vom Amte zurückzutreten, unwiderruflich ist.

Der preussische Minister des Innern, Genosse Heine, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Genosse Ernst, der Polizeipräsident von Berlin, ist bis auf weiteres beurlaubt.

Vorwärts in den Kampf!

Der Generalstreik ist zu Ende, aber noch dauern in einigen Teilen des Reichs, auch in manchen Vororten Berlins die Zusammenstöße zwischen Truppen und Arbeitern fort.

Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung darf aber nicht Wiederherstellung des Zustandes von vorher bedeuten. Darin sind wir uns alle einig.

Der sozialistische Charakter der Partei muß schärfer betont werden. Die bürgerlichen Parteien werden einsehen müssen, daß gegen die Arbeiter, die die Republik gerettet haben, nicht regiert werden kann.

Für diesen Wandel der Dinge brauchen wir ein sichtbares Zeichen. Die Regierung muß umgebildet werden, und vor allem: Noske kann nicht Reichswehrminister bleiben!

Die in Döberitz liegenden Truppen, Marinebrigade Scherff, ober-schlesischer Grenzschutz, sollten beschleunigter schon am 10. März ins Volkstiedter Lager abgehen.

Die Regierung mit samt dem Reichswehrminister Noske aus der Stadt hinausgejagt, eine verfassungswidrige

Gewaltregierung eingesetzt. So kommt es, daß die Forderung nach dem Rücktritt Noskes heute nicht nur von seinen alten Gegnern erhoben wird, sondern auch von seinen ältesten und besten Freunden. Noske hat durch seine Leichtgläubigkeit und seinen ungerechtfertigten Optimismus das bittere Elend mitverschuldet, das über das Reich und die Reichshauptstadt gekommen ist. Noske ist nicht zu halten, er wäre es auch nicht, wenn sich die Vertreter der Mehrheitsparteien in den Berliner Verhandlungen nicht verpflichtet hätten, für seinen Rücktritt einzutreten.

Wenn sich die Partei auf den Boden der Berliner Beschlüsse stellt, die im Interesse nicht Berlins, sondern des ganzen Reiches gefaßt sind, kann sie mit gesteigerter Kraft und mit Aussicht auf durchschlagende Erfolge in die Reichstagswahlen eintreten, die nun spätestens für den Juni zu erwarten sind. Es wird bei diesen Wahlen wirklich nicht darauf ankommen, die Wahl von einem Dutzend Unabhängiger zu verhindern, sondern vielmehr darauf, eine starke, unbedingt zuverlässige republikanische Mehrheit sicherzustellen, die den Forderungen der sozialistischen Arbeiterpartei Verständnis entgegenbringt. Alle Kraft gegen rechts!

Von diesem Programm wird sich die Sozialdemokratie auch dann nicht abbringen lassen dürfen, wenn ihr ihre Arbeit durch kindliche Spielereien mit der „Kätediktatur“ erschwert werden sollte. Die Arbeiter werden, wenn sie die Geschichte der toten Märzköpfe von 1920 erst kennen werden, sehr rasch begreifen, daß sie mit solchen Spielereien nur die Geschäfte der Kapp-Lüttwih besorgen. Die Kätediktatur hat die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, den gesamten Beamtenapparat und das ganze Ausland, von dessen Rohstoff- und Lebensmittellieferung wir abhängig sind, gegen sich. Sie wäre keinen Tag lebensfähig und müßte in kürzester Frist ebenso hilflos enden wie der Versuch der Kappischen Putschregierung.

Wenn dagegen die Arbeiterschaft den Sieg, den sie über die militaristische Reaktion errungen hat, mit politischem Geschick auszunutzen versteht, so wird sie über die Trümmer feindlicher Partisanen, die blanten Waffen der Demokratie in der Hand, zu immer höheren Erfolgen emporsteigen können. Sie auf diesem Wege hinaufzuführen, ist jetzt die große geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Lage im Reich.

Die Wahlen, die der verbrecherische Streich der Kapp, Lüttwih und ihrer kleinen Anhängerschaft im Reich geschlagen hat, sind erst zum Teil im Abklingen begriffen. Zwar läßt sich auch heute noch nicht ein völlig zuverlässiges Bild von der Lage entwerfen, da die vorliegenden Berichte aus den verschiedenen Städten teils lückenhaft, teils tendenziös entfallen sind, immerhin beginnt sich die Situation einigermaßen zu klären um ein, wenn auch noch nicht abschließendes Urteil zu gestatten.

Zusammenfassend sei zunächst bemerkt, daß in Westfalen und im nördlichen Teile des Rheinlandes, dem sogenannten Industriegebiet, und in Thüringen die Kommunisten die Oberhand haben. In Sachsen, Schlesien, Brandenburg, Ostpreußen, Hannover und ganz Süddeutschland hat die Regierung die Gewalt in den Händen.

Zur einzelnen ist aus dem Reich folgendes zu berichten:

Ruhe in Sachsen.

In Leipzig herrscht seit gestern nachmittag vollkommene Ruhe. Von den Versammlungen, die über den Abbruch des Kampfes beschließen sollten, erklärten sich gestern 19 für Aufhebung und 10 für die Fortsetzung des Kampfes. Es wurde daher beschlossen, den Generalstreik abzubrechen und den Widerstand aufzugeben. Die Arbeit soll am Montag allgemein wieder aufgenommen werden. Post und Bahn haben bereits den Betrieb soweit wie möglich wieder aufgenommen. Von Seiten der Streikleitung wurde die Arbeiterschaft aufgefordert, sich von den Kampfplätzen zurückzuziehen. Der Kampf ist einzustellen, die Waffen zu sammeln und die Arbeit wieder aufzunehmen. Obwohl die wichtigsten Punkte im Innern der Stadt noch militärisch besetzt sind, ist der Verkehr in den heutigen Vormittagsstunden bereits ein ziemlich reger. Große Menschenmengen durchziehen die Straßen, um die Verwüstungen, die durch die Kämpfe entstanden sind, in Augenschein zu nehmen. Nach privaten Ermittlungen dürften sich die Opfer bei den Kämpfen der letzten Tage auf über 150 Tote und über 250 Verwundete stellen. Der Materialschaden ist so beträchtlich, daß er sich zurzeit auch nicht schätzungsweise angeben läßt.

Kätediktatur in Kottbus.

Empfindende Zustände schildert ein Bericht, der uns aus Kottbus zugeht. Dort läßt ein Major v. Dührder ungeschwämmt Kätediktatur aus. Arbeiter der S. P. D. und der U. S. P. D. haben sich zu einer roten Armee vereinigt, die den Truppen des Dührder gewaltige Schläppen beibrachte. Dieser erklärt, er führe die Befehle v. Lüttwih aus; eine Regierung gebe es nicht für ihn. Zu Gefangenen ließe er wehrlose Frauen und Kinder machen, die auf verkaufter Holzwaage untergebracht sind und des Morgens Deutschland über alles singen müssen. Charakteristisch sind einige Aussprüche dieses Herrn: „Mein Vergleich ist die Nordwestsee, ich lasse alles niederstürzen“, und anderes mehr, die dokumentarisch belegt sind. Die erwarten, daß mit diesem Mörder und Hochverräter keine 24 Stunden mehr Federlesens gemacht wird.

Keine Klärung in Mitteldeutschland.

Die Lage in Magdeburg ist immer noch unklar. Starke Abteilungen der berittenen Sicherheitswehr halten den Markt und die Jungensbahnverkehre besetzt. Patrouillen durchziehen die Stadt. Der Straßenbahnverkehr wird von Zeit zu Zeit gewaltsam gestört. Die Fahrgäste werden dabei aus den Wagen gewaltsam herausgeholt.

In Merseburg ist die Lage sehr gespannt, doch ist es abgesehen von Halle, wo größere Kämpfe stattfanden, zu Zusammenstößen gekommen. Auch im Regierungsbezirk Erfurt ist die Lage gespannt, doch haben Zusammenstöße auch in diesem Bezirk nicht stattgefunden.

Programm der Königsberger Genossen.

Aus Königsberg wird gemeldet: Die „Königsberger Volkzeitung“ verbreitet einen Aufruf der Sozialdemokratischen Partei in Königsberg, wonach die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nur dann möglich erscheint, wenn die nachfolgenden Forderungen restlos erfüllt werden:

Enthebung des Generalleutnants von Storsff und seines Stabes, des Oberpräsidenten Winnig, des Oberpräsidenten von Haffel, des Landeshauptmanns von Bräunel, des Regierungspräsidenten von Braun, sowie sämtlicher Landräte, die der Regierung Kapp-Befolgung geleistet haben von ihren Beamten. Entlassung aller seit dem 18. März wegen politischem Vergehen verhafteten und seit dem 15. Januar in Schutzhaft

Arbeiter! Parteigenossen!

Der Generalstreik hat die Staatsstreikregierung Kapp-Lüttwih hinweggefegt. Die gewerkschaftlichen Verbände, mit denen unsere Partei den Kampf Schulter an Schulter durchgeführt hat, haben sich damit nicht zufrieden gegeben. Sie haben die Fortsetzung des Generalstreiks beschlossen, bis auch für die Zukunft die notwendigen Sicherungen einer freihheitlichen, dem Wohle des arbeitenden Volkes dienende Entwicklung erreicht sind. Erst nach günstigem Abschluß der mit den Regierungsparteien geführten Verhandlungen beschloß die Partei und Gewerkschaften Streikabbruch.

Diese Parole muß jetzt restlos befolgt werden.

Mit dem Abbruch des Generalstreiks ist aber unsere Arbeit noch nicht getan. Sie beginnt erst. Ihr Ziel ist Festigung der Republik. Unter einer Regierung, die entschlossen ist, die Verbrechen der Reaktion bis auf die Wurzeln auszurotten, Fortschritt zum Sozialismus auf dem Boden der Demokratie.

Durch unsere Partei geht ein energischer Ruck nach links. Mit Fehlern der Vergangenheit muß rücksichtslos aufgeräumt werden. Aber weder wollen wir in den Wahrsinn einer bolschewistischen Kätediktatur hineintreten, noch den Bürgerkrieg gegen alle Volksgenossen führen, die Uniformen tragen.

Genossen! Nicht jeder, der in Uniform steht, ist ein Meuterer und Gegenrevolutionär. Lernt unterscheiden! Laßt Euch nicht in ein sinnloses Gemetzel, in einen Kampf aller gegen alle hineinziehen, von denselben Elementen, die gestern selber noch mit den Meutern gemeinsame Sache machten. Die wollen nur Verwirrung schaffen, damit die von Polizei und Gericht gesuchten Hohnen, Kapp-Lüttwih und Konforten, desto bequemer entweichen können. Die arbeitende Bevölkerung aber müßte die Fortdauer der Unruhe mit dem Hunger-tode bezahlen!

Stellt Euch alle in Reih und Glied, um in Ordnung den Kampf gegen die militaristische Reaktion für Republik, Demokratie und Sozialismus zum vollen Siege zu führen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

beständlichen Personen, Auflösung der bestehenden Einwohnerwehre und Bildung einer neuen unter einer Führung, die unbedingt auf dem Boden der Verfassung steht.

Wie der Parteivorstand weiter mitteilt, ist seinen Forderungen infolgedessen entsprochen worden, als Generalleutnant von Storsff seitens der Reichsregierung seines Postens enthoben ist. Die preussische Staatsregierung hat auch dem Oberpräsidenten von Haffel seines Postens enthoben und weitere Amtsenthebungen ständen bevor.

Sonnabendvormittag wurden der Hauptschriftleiter der Ostpreussischen Zeitung Eduard Renke sowie dessen Stellvertreter Paul Sohr und der für innere Politik verantwortliche Professor Kahn in Haft genommen. Wie verlautet, unter dem Verdacht des Hochverrats.

Verhandlungen in Pommern.

In Stettin wurde Sonntagvormittag zwischen den Militär- und Zivilstellen sowie den Parteiführern verhandelt. Die Mehrheitssozialisten haben erklärt, sie wollen ihre Leute zurückziehen. Tatsächlich wurde die Kulkawerft von den Arbeitern freiwillig unter teilweiser Ablieferung der Waffen geräumt. Man hofft, daß es zu einer Verständigung und damit zu einem Abbruch des Generalstreiks kommen wird. — In der Provinz Pommern ist die Lage noch sehr verworren. In Swinemünde verlangen die Arbeiter die Entlassung der verhafteten drei Mitglieder des Aktionsausschusses. Im Kreise Randow fanden große Plünderungen statt. Man hofft jedoch, daß sich die Provinz beruhigen wird, sowie in Stettin Ruhe eingetreten ist.

Generalleutnant von Bernuth ist seines Amtes als Kommandierender des Bezirkskommandos II enthoben worden. Zu seinem Nachfolger wurde General Lehrens ernannt.

In Mecklenburg herrscht vorläufig noch Generalstreik. Die Arbeiter erklären, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen werden, wenn Lettow-Vorbeck zurückgetreten ist. Die gesamte Bevölkerung steht fest hinter der alten Regierung.

Ruhe in Kiel.

In Kiel herrscht nach heftigen Kämpfen Ruhe. Von der Arbeiterschaft ist der Genosse Gustav Garbe zum Zivilgouverneur proklamiert worden, er läßt in Gemeinschaft mit dem Admiral Ebers die Herrschaft aus. Die Aufrechterhaltung der Ordnung liegt bei den Sicherheitspolizisten und bewaffneten Arbeitern. Die in der Stadt befindlichen Reichswehrtruppen werden in den Kasernen zurückgehalten, sind aber durchaus regierungstreu. Zu irgendwelchen Zusammenstößen größerer Art ist es nicht gekommen. Die lebenswichtigen Betriebe sind wieder voll im Gange. In den anderen Betrieben wird, wie bei der Eisenbahn, Post und Telegraphenamt, der Betrieb wahrscheinlich mittig wieder aufgenommen werden. In der Provinz herrscht allgemeine Ruhe.

Eine Anzahl Truppen, etwa 1500 Mann, bestehend aus Soldaten der Brigade Löwenfeld und Zeitfreiwilligen, hatte sich von den anderen Truppen abgesplittet, war über den Kanal gezogen und hatte sich in Wuzdorf festgesetzt. Bewaffnete Arbeiter und Truppen aus Schleswig sowie aus Ederförde wurden gegen sie vorgeschickt. Die Truppen werden aber nicht eingegriffen brauchen, da man die Eigenbrötler durch Verhandlungen zur Vernunft gebracht hat. Admiral v. Leveyow und seine Begleiter Kapitänleutnant Eise und Weber wurden in Lütjensburg verhaftet und in das Gefängnis in Kiel eingeliefert.

In Hamburg ist die Lage un verändert, die Stadt ist durchaus ruhig. Die Eisenbahnen verkehren, wenn auch unregelmäßig. — Die Zeitungen dürfen wieder erscheinen. Die Hamburger Sicherheitswehr sieht zum größten Teil hinter dem Senat, ebenso eine geringe Anzahl der Reichswehrtruppen, die die Stadt noch nicht verlassen haben. Die Wahrenselder Freiwilligentruppe ist aufgelöst. Freiherr v. Wangelheim ist geflüchtet.

Aus Breslau wird mitgeteilt: Als Sonnabend nach Schluß einer Versammlung der streikenden Arbeiter, die übrigens mit 14000 gegen 4000 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag beschlossen, die Menge auf die Straße herauskam, wurde aus einem gegenüberliegenden Hause auf sie geschossen und ein Mann tödlich getroffen. Das Haus wurde gestürmt; die drei darin befindlichen Militärpersonen wurden von der wütenden Menge mißhandelt und nach dem Garnisonlazarett abgeführt.

In Bremen herrscht Ruhe. Die Truppen sind zuverlässig und stehen hinter dem Senat. Es wird im großen und ganzen überall geordnet; nur in einzelnen Betrieben, in welchen schon seit längerer Zeit Differenzen bestanden, wird noch gestreikt. Die Post hat den Verkehr wieder aufgenommen ebenso die oldenburgische Eisenbahn.

Die Lage in Süddeutschland ist als durchweg günstig zu bezeichnen. In München herrscht Ruhe, die Bevölkerung ist in München in Spannung eingetaucht.

Die Kommunisten im Ruhrgebiet.

Die Mitteilungen, die insbesondere in der Zeit vom 18. bis 21. März aus dem Rheinland und Westfalen hier eingelaufen sind, lauten durchweg ernst. Die Mehrzahl der Städte im Ruhrgebiet befindet sich unter der Herrschaft der Kommunisten. Der Ausnahme, insbesondere der Industriestädte, sind heftige Kämpfe, die zum Teil mit Artillerie geführt wurden, vorangegangen. Duisburg, Mülheim und Essen stehen seit Sonnabend unter der Kommunisten Herrschaft. Die Zahl der Opfer der Essener Kämpfe wird auf mehrere hundert Tote und Verwundete geschätzt.

Das Elberfelder Industriegebiet befindet sich gleichfalls zum größten Teil in den Händen der Kommunisten. Zwar haben sich an einzelnen Orten die drei sozialistischen Parteien geschlossen, jedoch sind auch hier die Kommunisten tonangebend. Elberfeld bietet einen wilden und erregten Einbruch.

Die Hamburger Arbeiterschaft hat beschlossen, die Arbeit am Montag in allen Betrieben wieder aufzunehmen. Ein Aktionsausschuß, der sich aus den vereinigten drei sozialistischen Gruppen zusammensetzt, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe.

In Bochum erfolgte eine Tagung der Arbeiterräte der sozialistischen Parteien, die jedoch zu keinem Ergebnis führte, da inzwischen Meldungen von schweren Kämpfen bei Reddinghausen erfolgten. Als Forderungen wurden aufgestellt: Einigung der sozialistischen Parteien, Bildung einer Einheitsfront der Sozialisten ohne Verdrängung der eigenen Trennungspunkte, Zahlung der Streiklöhne und der unter den Waffen stehenden revolutionären Mannschaften durch die Unternehmer beam. aus öffentlichen Mitteln. Es wurde erklärt, daß man an die Aufrichtung einer Diktatur des Proletariats nicht denke. Mit dem Niederlegen der Gegenrevolution sei noch nicht alle Arbeit getan, es müsse auch der letzte Rest des reaktionären Geistes ausgerottet werden. Zur Leitung der Bewegung soll in Hagen eine zentrale geschaffen werden, in der alle drei Parteien paritätisch vertreten sein sollen. Wirtschaftliche Experimente wie Sozialisierung einzelner Betriebe wolle und dürfe man jetzt nicht vornehmen.

Der Aufforderung des Generals v. Watter, die Waffen herauszugeben, könne man nicht eher folgen, bis die Regierung den Beweis erbracht habe, daß sie wirklich wieder im Besitz der Macht sei.

In Düsseldorf wurde in der Nacht zum Montag die Kätediktatur ausgerufen.

In Dortmund sind die Vertreter der demokratischen und sozialistischen Parteien aus dem Volksrat ausgeschieden. Es herrscht die Diktatur des Proletariats. Für Montag, den 22. d. M. sind Wahlen der revolutionären Betriebsräte vorgegeben.

Der Bergarbeiterstreik geht seinem Ende entgegen. Nachdem auch auf den Felsen des Bergbauers Bochum-Süd gestrichen die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen worden ist, kann der Generalstreik im Bochumer Bezirk als vollständig beendet angesehen werden. Am Sonnabend fand eine Generaltagung sämtlicher Arbeiterräte der sozialdemokratischen Parteien aus dem Industriegebiet in Bochum statt.

Die Reichsregierung in Berlin.

Einberufung der Nationalversammlung.

Nachdem bereits am Sonnabend ein Teil der Reichsminister mit dem Reichskanzler in Berlin eingetroffen waren, ist gestern, Sonntag, der übrige Teil des Kabinetts und der Reichspräsident von Stuttgart zurückgekehrt. Ebenfalls sind der Präsident und die Vizepräsidenten der Nationalversammlung in Berlin eingetroffen.

Präsident Heinesbach hat folgendes Telegramm an die Mitglieder der Nationalversammlung gerichtet: „Ich bitte sämtliche Kollegen, bis Montag, den 22. d. Mts., sich in Berlin einzufinden, damit am folgenden Tage die Fraktionen zu Beratungen zusammentreten können. Die nächste Plenarsitzung werde ich vorläufig auf Mittwoch, den 24. März, nachmittags einberufen.“

Die preussische Landesversammlung ist ebenfalls auf Mittwoch, den 24. März, nachmittags, nach Berlin einberufen worden.

Hochverratsprozess gegen die Putschisten.

Die Reichsregierung hat den Oberreichsanwalt beauftragt, sofort das Verfahren wegen Hochverrats gegen die Rädelführer und verantwortlichen Teilnehmer des Putsches einzuleiten. Die Polizeibehörden des Reiches sind angewiesen worden, diese Personen sofort festzusetzen. Vorläufig sind die Verfolgten ausnahmslos flüchtig.

Aus der Reichswehr und aus den Ämtern sollen alle Elemente, die in verantwortlicher Stellung sich dem Kappisten zur Verfügung gestellt haben oder deren Treue zur Verfassung nicht einwandfrei ist, entfernt werden.

Der General von Lettow-Vorbeck ist abgesetzt worden, als Oberkommandierender in Lübeck ist an seiner Stelle der General von Weber ernannt worden. Ebenso sind abgesetzt worden: der ostpreussische General von Storsff, der Kommandierende von Stettin und eine Reihe anderer Generale.

Die tolle Woche.

Von den politischen Vorgängen, die das Kapp-Lüttwih-Abenteuer begleiteten, hat das Publikum infolge des Nichterscheinens der Zeitungen wenig erfahren. Durch unglückliche Lagenmeldungen, die ihre bezweifelnde Lage retten wollten, führte die Kappische Putschregierung in der Zeit ihrer Herrschaft obendrein die Öffentlichkeit absichtlich in größter Weise irre — mit anmutigen Unterstellungen des SPD, über dessen Directorie die Abenteurern gegenüber noch viel zu sagen sein wird.

Die Putschverbrecher, die nach ihrem mühseligen Einmarsch in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ihr Spiel glänzend gewonnen glaubten, mußten schon nach wenigen Stunden erkennen, daß ihre Lage unhaltbar war. Widerstände taten sich vor ihnen auf, von denen das beschränkte militaristische Gehirn eines Lüttwih überhaupt nichts geahnt hatte.

Ihr erster Fehlschlag war, daß die rechtmäßige Regierung nicht, wie die Schafte der Bevölkerung vorlogen, abdankte, sondern ihren Sitz nach Dresden verlegte, die Nationalversammlung nach Stuttgart einberief, und den Widerstand gegen das Verbrechen zu organisieren begann.

Sodann fand ihr verbrecherisches Unternehmen im Reich bei weitem nicht die Nachahmung, die sie erhofft hatten. Wohlmeuteten die Garnisonen in Ostpreußen, Schlesien, Pommern und anderen ostelbischen Gebieten, oder fast der gesamte Westen und Süden des Reiches sowie Mitteldeutschland verweigerte den Hochverrättern die Gefolgschaft. Ihr Herrschaftsgebiet war von Anfang an ein sehr kleines.

Über auch in diesem Sinne ihre einzige Stütze die bewaffnete Macht. Die Bevölkerung fand fast restlos gegen

sie. Wo sie Waffen erlangen konnten, trat sie — und zum großen Teil erfolgreich — der Gewalt mit Gewalt entgegen, wie in Kiel, Kottbus und andernorts. Wo aber die militärische Überlegenheit der Meuterer zu groß war wie in Berlin, da wandte sie die Waffe an, gegen welche die Bajonette machtlos sind, sie trat in den Generalstreik.

Mit beispielloser Geschlossenheit und Energie wurde diese Aktion durchgeführt. In Berlin blieb der heimtückische Beschluß der Kommunisten, sich abzuwenden zu verhalten, proklāmisch wirkungslos. Der Groß-Berliner Generalstreik, hinter dem sämtliche freiheitlich orientierten Verbände der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die Parteien der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Demokraten standen, bedeutete einen bisher unerreichten Höhepunkt gewerkschaftlicher Disziplin und Solidarität. Er legte die Meuterer vollkommen lahm. Sie konnten nicht einmal Propaganda für ihr Unternehmen machen, eine große Anzahl von „Verordnungen“, die sie erließen, blieb der Bevölkerung einfach unbekannt.

Dazu kam, daß der Widerstand sich bis in die höchsten Spitzen der Verwaltung erstreckte. Auf einen einmütigen Beschluß der Unterstaatssekretäre hin verweigerten die Beamten der Ministerien die Entgegennahme von Befehlen der Putschregierung, ihre Anweisungen blieben unbeantwortet in den Bureaus der Ministerien liegen.

Von den Parteien stellten sich — was für alle Zeiten festgehalten zu werden verdient — nur die der Rechten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei den Putschverbrechern zur Verfügung. Aber auch ihnen fehlte das Vertrauen. Standen sie auch mit ihrem Herzen bei Rapp und Lüttwih, so warnte sie doch die Angst — eine Angst, die sich hoffentlich als sehr begründet erweisen wird — vor gar zu enger Verbindung mit den Abenteurern. Sie legten ihren Parteimitgliedern nahe, vor Übernahme eines Amtes für die Putschregierung ihre Parteimitgliedschaft niederzulegen. Bis auf Herrn Karzki, dem farnosen Bürgermeister von Lichtenberg, der als einer der Hauptstöße zum Putsch, hier noch am Sonnabend früh festgenommen wurde, blieben denn auch die bekannteren Parteiführer der Rechten dem brennlichen Unternehmen fern, namentlich wohl auch deswegen, weil selbst die Verbände der Industriellen Stellung gegen das Abenteuer nahmen, dessen unheilvolle wirtschaftliche Folgen die Industrie bereits zu spüren bekam.

Unter diesen Umständen war Rapp denn auch schon achtundvierzig Stunden nach seinem „Siege“ bereit, sein angemaßtes Amt als Reichskanzler niederzulegen. Sein Gehilfe und Pressechef, der vordem als Betrüger kläglich gezeigter Rechtsanwalt Erberod, hatte sich schon früher verduftet. Aber der Generalstreik wollte sich noch nicht begeben. Mit der Anwendung des brutalsten weißen Terrors hoffte die Soldateska dennoch, der Situation Herr zu werden. Rapp wurde von seinen Generälen gezwungen, wider Willen im Amt zu bleiben. Sein Chef der Reichskanzlei, der schon etwas betrottelte Herr v. Hallenhausen, wurde erlegt durch den energischen und brutalen Monarchisten Oberst Bauer, die rechte Hand Lubendorffs. Die Putschregierung, die eben noch die Sicherung aller Arbeiterrechte hoch und heilig zugesagt hatte, ließ jetzt jede Maske fallen und zeigte mit dem Erschießungsverlaß, der jedem Streikposten den standrechtlichen Tod androhte, ihr wahres Gesicht, die mordgrinsende Fratze des weißen Terrors.

Aber auch dieser letzte krampfhafteste Versuch, die Entscheidung der Bajonette herbeizuführen und den Generalstreik im Blute zu erstickern, scheiterte an der musterghäligen Ruhe und Besonnenheit der Bevölkerung. Die Bajonette stiegen in die leere Luft. Sein einziger Streikposten ließ sich durch den Winterlaß einschüchtern, aber auch der von den Militaristen herbeigeführte Zustand blieb aus.

Und auch ihr letztes Machtmittel, die bewaffnete Nacht, begann zu wanken. Große Teile der Sicherheitspolizei und auch einzelne Regimenter der Berliner Reichswehrgarnison, die von den Ereignissen des 18. einfach überumpelt und von ihren Offizieren über den Sachverhalt schamlos belogen worden waren, ertrachten unter dem Einfluß einer energisch betriebenen Aufklärung und erklärten den Meuterern, daß sie nicht mehr mitmachen, sondern nur die rechtmäßige Regierung anerkennen gewillt seien.

Auf der Reichskanzlei lief ein Telegramm Lubendorffs ein, dessen Teilhaberschaft an dem Putsch hierdurch unwiderleglich erwiesen wird, des Inhaltes, daß Reichswehr und Sicherheitspolizei nicht zuverlässig seien und er daher die Bewaffnung von Studenten und Gymnasiasten empfehle. Und während so in Berlin das Fundament ihrer Nacht wankte, brachen im Reich Unruhen über Unruhen aus, im rheinisch-westfälischem Industriegebiet, Teilen von Sachsen und Thüringen erhob der Volkswidmismus sein Haupt, in einzelnen Gegenden Ostpreußens gingen die Rittergüter in Flammen auf; — so wirkte die Lat der Verbrecher, die angeblich „Ruhe und Ordnung“, die vor ihrem Putsch nirgends gestört gewesen war, hatten zerstören wollen!

Rum gab es für die Putschregierung nur noch eine Parole: zetteln was zu zetteln ist, d. h. sich selber, nicht etwa das „geliebte“ Vaterland. De- und wehmütig suchten die eben noch so stolzen Herren Verhandlungen nach, um ihr Abenteuer zu liquidieren. Der Volkswidmismus wurde als Schreckgespenst aufgeföhrt. Die Verbrecher, die ein eben noch ruhiges Land in einen gärenden Hegenkessel verwandelt hatten, erklärten jetzt mit zynischer Seelenruhe, daß sie bereit seien, „Schulter an Schulter“ mit der rechtmäßigen Regierung das Land gegen den Volkswidmismus zu schützen. Für sich persönlich verlangten sie noch Amnestie — diesen „Patrioten“ war ihr erbärmliches Leben weit wichtiger als das Vaterland, — und stellten auch sonst noch eine Reihe unverschämter Forderungen. Lumpen noch im Sterben!

Natürlich ging die Regierung auf diese Forderungen nicht ein, sondern bestand auf bedingungsloser Abdankung von Rapp und Lüttwih, Zurückziehung der meuterischen Truppen aus Berlin abwärts darauffolgender Entwaffnung. Amnestie wurde den Verbrechern nicht gewährt. Diese waren nun aber schon müde geworden. Am fünften Tage ihrer Herrlichkeit dankten Rapp und Lüttwih ab. Die Kläche von sechzig Millionen Deutschen folgte ihnen, über die ihr Abenteuer neues Glanz heraufbeschworen hat gerade als das Land sich von den Folgen des Krieges wieder aufzurichten begann.

Zwei ihrer Forderungen sollten ihnen freilich in Erfüllung gehen, aber anders, als sie es sich gedacht haben. Die eine ist die Neubildung der Regierung, die so erfolgen wird, daß die Verbrecher nichts zu lachen haben. Die andere ist die baldige Vornahme der Neuwahlen. Die Verbrecher selber haben uns die Besse Wahlparole gegeben. Die bevorstehenden Wahlen werden zum Volksgesicht über Rapp, Lüttwih, ihre Helfershelfer und die Parteien werden, die sich ihnen zur Verfügung stellten, zum Volksgesicht über Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Geheerrevolution! Vor dem aber werden auch die orthodoxen Gerichte ihren Wahrspruch über das verurteilende Verbrechen zu fällen haben!

Parteigenossen!

Der von der Sozialdemokratischen Partei proklāmierter Generalstreik gegen den reaktionär-militaristischen Putsch der Rapp-Lüttwih hat zum vollen Siege geführt. Das Abenteuer ist nach wenigen Tagen unter dem gewaltigen Druck der Massenbewegung der überwältigenden Mehrheit des Deutschen Volkes restlos zusammengebrochen. Es gilt jetzt Sicherungen zu schaffen, die Wiederkehr jeder reaktionären oder militaristischen Diktatur für die Zukunft zu verhindern. Gemäß den von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen haben daher die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Demokratischen Partei und des Zentrums das bekannte Programm der acht Punkte vereinbart. (Vgl. die Rundgebung an der Spitze des Staates, Neb.).

Für schnelle Durchführung, Erhaltung und Ausbau dieser Zusicherungen muß jetzt die organisierte Arbeitnehmerschaft sorgen.

Steht fest zusammen!

Stärkt die Sozialdemokratische Parteiorganisation!
Stärkt die Sozialdemokratische Presse!

Gefügt auf den erzielten Erfolg haben die Parteifunktionäre beschlossen, den Generalstreik mit sofortiger Wirkung für beendet zu erklären.

Der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin der S. P. D.
Franz Krüger.

Was Berlin erlebte.

Eine Woche des Schreckens, des Stillstandes allen wirtschaftlichen Lebens, der Zerrüttung aller mühselig-hergestellten Ordnung liegt hinter Berlin. Am zweiten Tage der reaktionären Schreckensherrschaft, einem heißen und feurigen Vorfrühlingssonnentage, setzte die große einheitliche Abwehr ein: die Straßenbahnen standen still, die Hochbahn schleppte ihre Wagen mit den letzten Stromresten noch mühselig den Vormittag hindurch fort, nur die Stadtbahn war sich noch nicht ganz schlüssig. In allen Ecken und Enden der Stadt, wohlweislich hielten sie sich zunächst von den Vierteln der Arbeit fern, hockten grinsend im Volksgesicht ihrer beglückenden Lot die Herren des Baltikums, die teutschen Kämpfer, gepickt von Waffen und gelüßt mit dem antisemitischen Galenkrenz. „In diesem Zeichen sollst du siegen.“ Sie machten sich Mut mit viel Musik und vollführten auch sonst den ihnen in Döberitz eingebrachten soldatischen Kummel. Wo es sich irgend machen ließ, hatten sie ihre Händchen hineingespielt, die sie in großer Menge als vornehmstes Volksbeglückungsmittel bei sich führten.

Unter den Linden kam es am ersten Sonntag zu den ersten Wellen der Empörung. Aus den dichten Gruppen, die sich hier gebildet hatten, wurden die „auführerischen“ Redner (und sie waren alle „auführerisch“) herausgeholt, um zu irgendeiner Sache der Meuterergesellschaft geführt zu werden. Aber es kam nicht so weit. Man entriegelte ihnen auf dem Wege dahin gewaltiam die Verhafteten und das Baltikumgefändel, das an diesem Tage noch nicht ganz schußfähig war, bekam die ersten Häufte zu spüren.

So ging die Woche weiter. Die Mäder Berlins standen still, keine Hand rührte sich. Die Herren vom Baltikum begannen sich zu sichern und Stachelndroh zu ziehen: es wurde ihnen allgemein ungemächlich. Die Gruppen der Straßenredner blieben weiter und harrten unerschütterlich. Die Herren knallten ihre Schüsse hinein; sie veranstalteten lustige Hejagden über den Potsdamer Platz, die ganze Potsdamer Straße hinunter mit vorgehaltenem Gewehr, aus dem es von Zeit zu Zeit bligte. Aufschöden, Beschrei Verdumder und Weinen. Aus den Läden und Fenstern drohten Häufte. Dann sammelten sich stellenweise die Gruppen zu wildbewegten Massen. Im Hallischen Tor drängte sich eine Wagkolonne durch eine dieser Massen. Sie kam nur schrittweise vorwärts. Schließlich war der Weg frei und die Kolonne rasselte unbedrängt hindurch. Auf dem letzten Wagen aber tronte einer auf einem Strohhübel, der hatte Angst um sein Käuberleben und gab einen Schuß ab. Die Angel löhrt sich in das Hirn eines jungen Mädchens, das ist zusammenbroch. Die Masse schrie auf und stürzte hinterher. Die Wagen rasselten im Galopp weiter; eine Salbe krachte: tote, tote.

Dunkel und schwarz waren die Nächte in dieser einstmalig so hellen Stadt. Die Straßen versanken in den tiefen Schluchten zwischen den Häusern. An das Licht gewohnt, begann man in der Irre zu gehen. Eine Hausdecke wie die andere, kein Kennzeichen, schwarz in schwarz getauchte Einknitte, die irgendwohin führten. Nur oben gab der Himmel eine leichte Nüchtilin. Die Baltikumer froren an den Hausenden. Es war ihnen nicht mehr gehen in dieser summen Stadt.

Und in den Häusern nicht anders. Man suchte alle Vordellsteckmittel zusammen. Am nächsten Morgen schlug man alle Kisten zusammen, alte Kische, Stühle, um irgendeinwelches hölzernes zum Brennen zu kriegen, damit es wenigstens zum Kaffeelöcher reichte. Man „stand“ nach Brot an. Man holte Wasser an den Brunnen. Die Preise überschlugen sich im Höhersteigen. Aber man schimpfte nicht und ertrag alle Entbehrungen, um die Soldatenwirtschaft loszuwerden.

Und sie wirtschafteten sich ab, die Käuberhelden, an dem jähren Widerstand des Berliner Volkes. Der Herren Rapp und Lüttwih bedruckte Erläszettel, die man abschleudern und lächelnd las, verschwand, und am Mittwochsabend war das Abenteuer erledigt.

Heber die vielen Zusammenstöße in der letzten Woche liegen in viele widersprechende Meldungen vor, daß es nicht leicht ist, Dichtung und Wahrheit scharf voneinander zu unterscheiden. Es fehlen natürlich nicht ins Wasser geworfene Soldaten und abgezeichnete Kasen und Öhren von Offizieren. Hundert Gerüchte über Aderrepubliken, die sich von Panlow bis Lichtenberg, und in den Orten der Oberpreze aufgetan haben sollen und mit ihren „roten Armeen“ im Anmarsch auf Berlin sind, treiben ihr Unwesen. Bei Licht betrachtet, erweisen sich diese Erzählungen natürlich nur als solche. Erst wenn wieder überall Ruhe und Ordnung eingelehrt sein wird, wenn Telegraph und Telefon wieder voll im Betrieb sind, wird Licht in das Dunkel kommen, und hoffentlich stellen sich dann all die Schauer- und Grenzgeschichten als Produkte einer allzu regen Phantasie heraus.

Im Nachstehenden geben wir einige amtliche Meldungen wieder:

Als die Baltikumtruppen am Donnerstag nachmittag Berlin verließen, wurde ihnen aus einem Fenster des Hotels Blox ein Behemoth zugerufen. Die Menge wollte darauf das Hotel stürmen. Als ein Schuß aus der Menge (?) fiel, feuerten die Soldaten. In der allgemeinen Verwirrung wurde den Baltikumtruppen Bagage, ein Panzerauto und ein Minenwerfer entwendet. Letzterer konnte der Menge wieder abgenommen werden. Durch das Gewehrfeuer wurden 12 Personen getötet und 80 schwer verletzt. Auf dem Weitzmarß wurden die Baltikumtruppen zum zweiten Male auf dem Quisenplatz in

Charlottenburg von einer großen Menschenmasse angegriffen, die versuchte, die Soldaten zu entwaffnen. Diese gaben abermals Feuer, wodurch mehrere Personen getötet und verwundet wurden.

In der Potsdamer Straße wurde eine nach Schöneberg marschierende Abteilung vom Publikum angegriffen. Die Truppe machte darauf von der Waffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden getötet bzw. schwer verletzt.

Auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg wurden 12 Angehörige der Biergartenskompanie des Schützregiments Groß-Berlin von der erregten Masse mit Keulen, Dolchen und Gummischnäbeln niedergemetzelt. Angeblich soll ihnen vorher freies Geleit zugesichert worden sein.

Auch die Besatzung des „Corinthis“-Gebäudes wurde von einer großen Menschenmasse angegriffen, die forderte, daß die Truppe ohne Waffen abziehen sollte. Einige Soldaten wurden entwisst. Nach dem Eintreffen von Verstärkungen wurde die Lindenstraße geräumt und die Truppe konnte ungehindert das Gebäude verlassen.

In der Nacht zum Sonntag soll es im Adlershof anlässlich der Aushebung eines Kommunistennestes zu standrechtlichen Erschießungen gekommen sein.

Die Nüchtilkeit der vorliegenden Nachrichten nachzuprüfen, ist uns wegen der Telefonverwirrungen zur Stunde nicht möglich. Fest steht, daß das geradezu freche und herausfordernde Benehmen der meineidigen Truppen den gerechten Horn der überlästeten Bevölkerung nachgerufen hat. Hunderte von Toten und Krüppeln sind die Opfer des verbrecherischen Anschlages politischer Raren und ehrloser Militärs auf die Freiheit des Volkes. Nicht ungestraft dürfen die Mörder von ihrem Zug nach Berlin ausziehen, denn das Blut ihrer Opfer schreit laut nach Sühne — — —

Oberbürgermeister Wermuth über die Versorgung Berlins.

Einem Redaktionsmitglied gegenüber äußerte sich der Oberbürgermeister über die Gefahren, die die Berliner Bevölkerung in bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln bedrohen, in folgender Weise: Es ist gelungen, den Abtransport der Kartoffeln von den Sammelstellen, die Heranschaffung von Mehl und die Verteilung von Mehl in die Wege zu leiten. Die Ende der Woche die Stadt bedrohende große Gefahr scheint, soweit sich übersehen läßt, in der Zukunft abzuwachen begriffen zu sein. 150 bis 200 Wagen Kartoffeln dürfen zur Verteilung gelangen können, die Milchzüge befinden sich in regelmäßigerem Lauf, so daß täglich 150000 Liter Mehl eintreffen dürfen. Auch die Mehlverteilung hat wieder aufgenommen werden können. Immerhin ist es selbstverständlich, daß, wenn auch diese Maßnahmen den Anfang der Wiederaufnahme einer ordnungsmäßigen Versorgung bedeuten, die Nachwirkung des Ausfalls der vollen Belieferung in einem Zeitraum von 10 Tagen sich dennoch für die Berliner Bevölkerung schwer fühlbar machen werde. Der Berliner Bevölkerung werden also, bis der Versorgungssapparat des Magistrats wieder in vollem Zuge wird arbeiten können, recht empfindliche Entbehrungen bedauerlicherweise bevorstehen. Je schneller es gelingen wird, die Arbeit in allen wichtigen Betrieben wieder aufzunehmen, desto eher besteht Aussicht, über die Folgen der Katastrophe hinwegzukommen.

Von unterrichteter Seite erfahren wir ferner, daß es möglich sein wird, die Gasversorgung mit den vorhandenen Kohlen wieder aufzunehmen. Recht ungünstig sind dagegen die Ausichten für den Betrieb der Elektrizitätswerke.

Wenn es nicht gelingen sollte, sehr schnell Kohle für die Werke heranzuschaffen, dürften sie bei stärkerer Beanspruchung bald wieder stillgelegt werden müssen. Größte Sparsamkeit bei dem Stromverbrauch ist dringend geboten.

Zur Aufklärung über die Sicherheitspolizei!

Durch den ausdrücklichen Befehl der Regierung an die Sicherheitspolizei in der Nacht vom 12. bis 18. März: Den Kampf nicht aufzunehmen, Blut ab zu vermeiden, war auch die Aufgabe der Berliner Sicherheitspolizei begrenzt. Die Sicherheitspolizei hat lediglich die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit übernommen. In gestern (Mittwoch) stattgefundenen Verhandlungen erklärten die Beamten der Sicherheitspolizei, auch weiter für die Ruhe und Sicherheit eintreten zu wollen. Sie stellten jedoch die Forderung, daß außer dem Aktivist Rapp auch der Aktivist des Generals von Lüttwih sowie die Zurückziehung der auswärtigen Truppen erfolge. Dies ist geschehen. Die Beamten werden sich nun mit Pflichteifer der weiteren Ausübung ihres schweren Berufes widmen und rechnen hierbei auf die Einsichtlichkeit der Bevölkerung, zu deren Schutz letzten Endes alle polizeilichen Maßnahmen getroffen werden.

Wirtschaftsverband der Beamten der Sicherheitspolizeien Deutschlands.
gez.: Kern, Winkler.

Fortdauer des Verkehrsstreiks.

Wie die Telegraphenunion meldet, haben die bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit in den Berliner Verkehrsanstalten zwischen den Vertretern der Arbeiter und den Betriebsleitungen abgehaltenen Besprechungen zu einer Einigung noch nicht geführt. Die Besprechungen werden heute fortgesetzt.

Die Standrechtsurteile.

Reichspräsident Ebert hat von der Weise aus angeordnet, daß ihm alle Standrechtsurteile vor der Vollstreckung vorzulegen sind. Das Reichskabinett berät Montag nachmittag über die Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes.

Typen aus den Putschtagen.

Die traurigen Verbrecher, die Berlin fünf Tage lang terrorisiert, haben, nur um sich an der Nacht halten zu können, mit allen möglichen Deuten Verbindung gesucht. Die angeblichen Schutengel Deutschlands gegen den Volkswidmismus waren bereit, sich mit den Kommunisten und Linksrädikalen auf Leben und Tod zu verbinden, wenn diese ihnen nur die heißersehnte Nacht mit garantieren wollten.

Fest steht, daß der fünftagekanzler Rapp schon vor dem Putsch mit dem höchsten Bevollmächtigten der russischen Sowjetrepublik, Wiktor Rapp, in Verbindung getreten ist.

Der berüchtigte Hauptmann Pabst hat vor Zeugen erklärt, daß er und Oberst Bauer zusammen mit Däumig und Kommunisten Verhandlungen gehabt hätten über die Gründung einer Regierung auf antikapitalistisch-kommunistisch-militaristischer Grundlage! Auch General Lüttwih sei zu den Verhandlungen hinzugezogen worden.

Ferner ist ein gewisser Schriftsteller Bauer, Mitglied der Einigungszentrale, aus eigenem Antrieb bei Rapp gewesen. Dem anderen Mitglieder der Einigungszentrale zur Rede gestellt, erklärte er sich, es sei ihm gelungen, Rapp für die sozialistischen

